

München, 8. Oktober 2024

Pressemitteilung/Bericht

„Altern im Sozialstaat“ - Altern in Würde, Aufgabe der Politik“.

„Georgina - Elisabeth Wismeyer, Vorsitzende der AG SPD 60 plus München, freute sich über ihren Irrtum. Der Saal im Ratskeller am Marienplatz war voller als erwartet.

In ihrer Begrüßung kam sie schnell zu Sache und auf die Kernpunkte des Nachmittags zu sprechen: „Altern im Sozialstaat“ - Altern in Würde, Aufgabe der Politik“. Auch wenn in München die Seniorenmitwirkung und auch die Altenhilfestrukturen im Vergleich zu vielen anderen Städten und besonders im Vergleich zu eher ländlichen Gebieten recht gut sei, fragt Wismeyer „ob die wichtigsten Säulen der sozialen Sicherung tragfähig und zukunftssicher sind?“ eine Frage, „auf die wir uns heute eine Antwort erhoffen.“

Bindings Gegenfrage gleich zu Anfang: „Wer ist der größte Lügner im Land?“ Er gibt die Antwort: Der Durchschnitt. Denn der Durchschnitt verstecke den Reichtum und verschweige die Armut. Deshalb sei die Aussage „uns geht’s doch ganz gut“ richtig und falsch zugleich. Im Durchschnitt stimmt sie, aber bei genauerem Hinsehen sehen wir auch Armut. Und hier schauen Sozialdemokraten genauer hin, denn die Mehrheit liegt mit ihrem Einkommen unterhalb des Durchschnitts. Deshalb gehe es in der Politik viel mehr um den genauen Blick als um lautes Geschrei. Mit seinem Zollstock, den er auch im Bundestag häufiger eingesetzt hat, zeigt er die großen Einkommensunterschiede zwischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und beispielsweise Managern, die schonmal um den Faktor 50 auseinander liegen können.

Wer mit dem Durchschnitt ehrlich argumentiere, komme schnell zu dem Ergebnis, dass noch immer sehr viele Rentnerinnen und Rentner ein sehr geringes oft an der Armutsgrenze liegendes Einkommen haben.

So sei schnell zu sehen, wie wichtig eine große Rentenreform in Richtung „Erwerbstätigenversicherung“ sei: Alle bezahlen in die gesetzliche Rentenversicherung ein, alle erwerben Rentenansprüche oberhalb des soziokulturellen Rentenniveaus. Ein Baustein zur Überwindung von Altersarmut. Dabei seien faire und auskömmliche Löhne bzw. die entsprechenden Versicherungsbeiträge in die gesetzliche Rentenversicherung die einzige Quelle der Altersversorgung. „Auch die private, die betriebliche oder die

kapitalgedeckte Altersvorsorge (gefördert oder nicht) speisen sich am Ende aus der gleichen Quelle, dem Arbeitsergebnis der aktiv arbeitenden Alterskohorte“, so Binding. Das gelte auch für den Steuerzuschuss zur Rente von über 100 Milliarden Euro. Das gelte auch für die von Lindner so heiß geliebte Aktienrente. „Ohne gute Arbeit, ohne Wertschöpfung der Arbeitenden, gibt es trotz dickem Aktiendepot keine Wurst und keinen Wohlstand“ so Binding.

Er entzauberte auch die häufige These, dass die Rente in Folge der demographischen Entwicklung ein Problem habe. Grundsätzlich sei es wichtig sich nicht allein auf das Verhältnis von Jung und Alt zu reduzieren, viel wichtiger sei das Verhältnis zwischen Arm und Reich.

Die reine Betrachtung der Anzahl junger Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Verhältnis zu alten Rentnerinnen und Rentnern sei nicht zielführend – wer auch die Produktivität und die Verteilung von Produktivität bedenkt, habe mit der Finanzierung der „Babyboomer-Generation“ kein Problem.

„Die Würde des Menschen ist – eine Frage des Geldes“, so leitete Binding die Forderung einer Grundgesetzänderung ein: Gemäß Artikel 3 dürfe niemand wegen seines „Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen“ benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand dürfe wegen seiner Behinderung benachteiligt werden. Wenn schon so viele Merkmale erwähnt werden, weil offensichtlich die „Würde“ als nicht hinreichendes Kriterium angesehen werde, dann sei die Forderung der AG SPD 60 plus auch das Alter mit in den Artikel 3 aufzunehmen gut zu verstehen. „Eigentlich auch Armut“ so Elisabeth Wismeyer.

Eine andere Frage, jenseits des Geldes seien fleißige Hände in der Alten- und Krankenpflege, wie auch im Kindergarten, seien die psychische Betreuung und Beratung. Computer und Roboter könnten viel, „aber nicht so zärtlich streicheln, nicht so empathisch, also einfühlsam sein, wie ein Mensch“. Dabei sei es doch sehr merkwürdig, dass es in Deutschland noch niemals mehr Erwerbstätige gab als gegenwärtig im Jahr 2024: 46 Millionen. Davon einige Millionen Arbeitnehmer in (oft prekären) Sonderarbeitsformen (Leiharbeit, Zeitarbeit, Minijob, ...). Gleichwohl fehle es an allen Ecken und Enden. Es gibt zu wenige Altenpflegerinnen und -pfleger es gibt zu wenige Krankenschwestern und Krankenpfleger, in fast allen Gewerken gibt es zu wenige Handwerkerrinnen und Handwerker, es fehlen Busfahrerinnen und Kindergärtner. Es gibt zu wenige Lehrer, zu wenige Ärzte, zu wenige Lokomotivführer, in der Gastronomie fehlen Köche und Servicekräfte.

Mit einem riesigen Verwaltungsapparat in einem komplizierten Gestrüpp aus Rechtsvorschriften, folgen wir einer primitiven Ausländerfeindlichkeit unter dem Deckmantel, uns vor der sehr kleinen Zahl Faulen, Gaunern und Kriminellen schützen zu wollen und davor, dass andernfalls „die halbe Welt“ zu uns käme. Es sei viel klüger, die Zugewanderten (Migranten) schnellstmöglich arbeiten und unsere Sprache lernen zu lassen

und sie auszubilden. Komme jemand als Betrüger, „wird er oder sie zurückgeschickt, was bei der exorbitant hohen Anzahl deutscher Schwarzarbeitgeber nicht einfach sein dürfte“ konnte sich Binding eine ironische Bemerkung nicht verkneifen.

Ein der Ursachen, warum die deutsche Wirtschaft schwächelte, sei neben fehlenden Arbeitskräften, die fehlende Nachfrage von privaten Haushalten, bei einer Sparquote von über 10 Prozent. Die zweite Ursache sei die schwache öffentliche Nachfrage – eine Folge der dogmatischen Versteifung auf die Schuldenbremse. „Schafft die Schuldenbremse ab, liebt eure Staatsschulden, achtet aber auf die Schuldentragfähigkeit und hinterlasst künftigen Generationen eine gute Infrastruktur.“, so sein Appell.

Der gegenwärtigen Wirtschaftsschwäche sei leicht zu begegnen. Binding: „Gebt erstens den Rentnerinnen und Rentnern, die jeden Cent dreimal umdrehen müssen, etwas mehr Geld, die private Nachfrageschwäche – eine der Ursachen für die schwächelnde Wirtschaft – würde überwunden. Nehmt zweitens Geld in die Hand und baut gute Schulen, gute Schienen, preiswerte Wohnungen, gute Pflegeheime, gute Radwege, repariert auch Straßen, die öffentliche Nachfrageschwäche nach Investitionsgütern würde überwunden.“

Neben der Erwerbstätigenversicherung in der Altersvorsorge, wurden noch die Bürgerversicherung in der Gesundheitssystem und die Pflegevollversicherung für ein stabiles und finanziertes System in der Pflege vorgestellt. Das Grundprinzip sei immer ähnlich: alle bezahlen ein, alle haben Hilfe aus dem jeweiligen System zu erwarten.

In der sich anschließenden Diskussion ging es auch um die Ungerechtigkeiten im Zuge der Vereinigung, weil die Versprechen der damaligen Regierung West, festgehalten in den Überleitungsgesetzen, nicht eingehalten wurden. So sei eine gewisse Verbitterung älterer Menschen (beispielsweise Bergleute etc.) in den neuen Ländern, die seit 30 Jahren leer ausgingen, nicht verwunderlich.

Die knapp zwei Stunden Vortrag und Diskussion mit Lothar Binding vergingen "wie im Flug", so Georgina - Elisabeth Wismeyer, in ihrem Schlusswort. Und deshalb bekomme er auch einen guten Tropfen als Dankeschön.